

Artikel für die Deutsche Polizei, Ausgabe 03 2005, Landesteil, vom GdP-Landesvorsitzenden, Hugo Müller

Haushalt 2005 - Wohin geht die Reise?

Nachdem am 26. Januar 2005 der Regierungsentwurf für den Haushalt 2005 eingebracht worden war, hat der GdP-Landesvorstand die Gelegenheit wahrgenommen, am 15. Februar mit Vertretern der CDU-Landtagsfraktion und am 01. März mit Vertretern der SPD-Landtagsfraktion über ihre Auffassungen zum Haushaltsentwurf zu diskutieren. Um deutlich zu machen, wo die GdP ihre klaren Prioritäten sieht, haben wir uns vorab zu einer Konzentration auf zwei Schwerpunkte entschieden, nämlich die quantitative Personalplanung, also im wesentlichen die Einstellungszahlen, sowie die strukturelle Stellenplanstrukturentwicklung und das Beförderungsbudget.

Grundlage der Argumentation

Wir haben zunächst unsere Argumentationsbasis deutlich umschrieben, also, wenn man so möchte, die Geschäftsgrundlage definiert. Unsere Basis war und ist das, was der saarländische Ministerpräsident Peter Müller in seiner Eigenschaft als CDU-Landesvorsitzender im Rahmen des GdP-Sicherheitstestes unmittelbar vor der Landtagswahl im September 2004 uns gegenüber schriftlich erklärt hat. Auch deswegen ist man gewählt worden, und die Einhaltung der Wahlaussagen ist doch wohl eine berechtigte Erwartung.

Zur Erinnerung hier die wörtliche Widergabe einiger wesentlicher Aussagen:

-... Daher beabsichtigen wir, durch antizyklische Einstellungen eine angemessene Personalausstattung der saarländischen Polizei zu gewährleisten. Unter Beibehaltung der derzeitigen Einstellungspraxis von jährlich 85 Neueinstellungen ... wird sich der Personalbestand der Vollzugspolizei voraussichtlich bis zum Jahr 2009 weiter erhöhen.

-... Die CDU Saar ist für die konsequente Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn. Nach dem derzeitigen Stand ist bei gleich bleibendem Beförderungsbudget damit zu rechnen, dass bis zum Jahr 2008 die zweigeteilte Laufbahn in der saarländischen Vollzugspolizei umgesetzt sein wird. ... die Beibehaltung angemessener Beförderungsperspektiven gewährleisten auch künftig eine hohe Mitarbeitermotivation.

-... zu den in den letzten Jahren beschlossenen Einsparmaßnahmen (im Bereich Besoldung, Versorgung, Beihilfe) sehen wir angesichts der äußerst schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte und der damit verbundenen Sparzwänge derzeit keine Alternative. ... Eine weitere Absenkung der Beihilfe- und Versorgungsleistungen ist derzeit nicht geplant.

-... Derzeit bestehen keine Planungen für eine Verlängerung der Wochen- oder Lebensarbeitszeit.

Einstellungen

Der Haushaltsentwurf 2005 sieht eine Ausweitung von bisher 2790 auf 2821 Stellen, also ein Mehr von 31 Stellen im „Vollzugsbeamten-Stellenplan“ vor. Die Zahl der Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst, also der sog. Ausbildungsstellen, soll mit 289 gleich bleiben. Die GdP-Kritik orientierte sich in diesem Zusammenhang an den mittlerweile mehrfach hörbaren Aussagen Regierungsverantwortlicher, dass der Einstellungskorridor maßvoll auf ca. 50 bis 60 Neueinstellungen reduziert werden soll. In den Gesprächen machte die GdP deutlich, dass dies nicht nur eklatant von dem abweicht, was im GdP-Sicherheitstest erklärt wurde (s.o.). Eine reduzierte Einstellungspraxis hätte dramatische Auswirkungen auf die Altersstruktur und damit der Handlungs- und Einsatzfähigkeit der saarländischen Polizei. In diesem Zusammenhang haben wir insbesondere auf die Untersuchungsergebnisse der AG Personaleinsatz aus dem Jahre 2004 hingewiesen. Ausgehend von jährlich 85

Neueinstellungen werden in 2008 rund 39 % und in 2013 rund 46 % aller saarländischen Polizeibeamtinnen und –beamten älter als 50 Jahre sein. Eine Reduzierung der Einstellungszahlen wird diese eh schon dramatische Situation weiter verschlechtern. Die jetzt schon zu beklagende Zahl nur noch eingeschränkt verwendungsfähiger KollegInnen wird sich darüber hinaus umso schneller und deutlicher erhöhen.

Leider machten uns die Vertreter der CDU-Fraktion „wenig Hoffnung“. Sie verdeutlichten, dass die eingetretene Haushaltsmisere zu einschneidenden Sparmaßnahmen führen müsse. Davon könne die Polizei zwar nicht ausgenommen bleiben, man wolle aber nach wie vor unter „Machbarkeitsgesichtspunkten“ bei der Polizei im Vergleich auch zu anderen Bereichen im positiven Schwerepunkte setzen. Dazu gehöre die nur maßvolle Reduzierung der Einstellungszahlen einerseits sowie auch weiterhin die Bereitschaft, ausgebildete KommissaranwärterInnen in Festanstellungen zu übernehmen. Die Entgegnung unsererseits, dass wir doch schon immer eine „Bedarfseinstellung und –ausbildung“ hatten, und vor der Landtagswahl doch 85 Neueinstellungen versprochen wurden, wurde unter dem Gesichtspunkt eines unauflöslichen finanzpolitischen Diktats als nicht darstellbar bewertet.

Beförderungen

Auch hier verdeutlichten wir zunächst unsere „Geschäftsgrundlage“. Dazu gehören einerseits die diesbezüglichen Aussagen im GdP-Sicherheitstest, andererseits die im Rahmen der Informationsveranstaltungen zur Dienstpostenbewertung gemachten Aussagen zur schrittweisen Erhöhung der Stellenanteile in den Besoldungsgruppen A 12 und A 13. Ebenfalls war zu erinnern an die im Januar 2001 von der Landesregierung beschlossenen Beförderungsmaßnahmen im Rahmen des sog. Baltes-Konzeptes. Die im Haushaltsentwurf vorgesehenen Hebungen von 2 Stellen nach A 13 und 18 Stellen nach A 12 genügen nach unserer Auffassung diesen Erklärungen nicht.

Darüber hinaus ist in den letzten Jahren durch die Beförderungsmittel - Budgetierung in fast allen Besoldungsgruppen ein teilweise beachtlicher Unterschied zwischen Stellenplansoll und –ist entstanden. Diesen nicht noch größer werden zu lassen, kann nur gelingen, wenn das Beförderungsbudget mindestens auf dem Niveau der Vorjahre bleibt, also bei mindestens rund 700.000 €.

Wir haben in diesem Bereich schließlich darauf hingewiesen, dass die Bemessung des künftigen Beförderungsbudgets sich unter dem Gesichtspunkt leistungsorientierter Bezahlung auch an der in der jüngsten Beurteilungsrunde entstandenen Lage orientieren muss. Im Ergebnis ist festzuhalten - und darauf war deutlich hinzuweisen -, dass in den Jahren 2005 bis 2007 jährlich mindestens rund 660.000 € erforderlich sind, um einerseits alle noch in der A 8 befindlichen KollegInnen in die Besoldungsgruppe A 9 zu bringen, und andererseits alle überdurchschnittlich Beurteilten einmal zu befördern.

Auch hier wiesen insbesondere die Vertreter der CDU-Fraktion auf die dramatische Haushaltslage hin. Daher seien weitere Verbesserungen im Stellenplan nicht möglich, die jetzt vorgesehenen seien bereits ein beachtlicher Schritt. Im Hinblick auf das Beförderungsbudget müsse darüber hinaus darauf hingewiesen werden, dass in den letzten Jahren der saarländischen Polizei neben dem „normalen“ Beförderungsbudget immer auch ein sog. „Zusatzbetrag“ zur Verfügung gestellt wurde. Dieser habe sich vor allem aus im Stellenplan gestrichenen Stellen gespeist. Da dies, angesichts der jetzt sogar notwendigen Ausweitung des Stellenplans zur Übernahme aller KA's, nicht mehr möglich sei, und weitere Reserven auch nicht mehr existierten, könne im Jahre 2005 wohl nur eben dieses „normale“

Beförderungsvolumen bereitgestellt werden. Auf Nachfrage wurde der sog. Zusatzbetrag auf ca. 300.000 € definiert. Im Umkehrschluss würde dies bedeuten, dass das verbleibende „Normalbeförderungsbudget“ bei etwa 400.000 € liegen würde. Hier haben wir für die GdP ganz deutlich festgestellt, dass dies den saarländischen Polizeibeamtinnen und -beamten, gerade auch vor dem Hintergrund der bisherigen mehrfachen öffentlichen Botschaft, dass das

Beförderungsbudget von den Sparaktivitäten ausgenommen werden sollte, nicht zumutbar und auch nicht vermittelbar ist.

Schließlich stimmten in beiden Gesprächen alle Beteiligten der Feststellung zu, dass der aktuelle Regierungsentwurf sich nur bedingt als konkrete Diskussionsgrundlage eignet, da die derzeit vorgesehene „globale Minderausgabe bei den Landesbeschäftigten von jährlich 30 Mio. €“ die jetzt im Detail formulierten Zahlen noch ganz entscheidend beeinflussen/beeinträchtigen können.

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass die „Lage offensichtlich mehr als ernst ist“. Trotzdem wird die GdP auch weiterhin für die saarländischen Polizeibeschäftigten und ihre berechtigten Interessen streiten. Die „Bretter, die wir dabei bohren müssen, werden aber immer dicker“.

GdP-Ein guter Rat!

P.S. Unkommentiert geben wir die Einleitung aus der Stellungnahme der DPolG zum Haushaltsentwurf wieder: „Die DPolG sieht auch gerade in diesem Jahr die stark eingeschränkten finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten des Landes und ist bemüht, bei ihrem aktuellen Forderungskatalog, diesem Umstand Rechnung zu tragen.“